

## **Zur sozialen und sozialpolitischen Dimension der Nachhaltigkeit Einige offene Forschungsfragen<sup>1</sup>**

Erschienen unter dem Titel: „Die soziale und sozialpolitische Dimension der Nachhaltigkeit. Offene Fragen und neue Herausforderungen“, in: *Kommune*, 18. Jg., 11, 2000, S. 37-41

Die Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung moderner Gesellschaften erreicht erst in jüngster Zeit die Sozialwissenschaften und noch kaum die wissenschaftliche Reflexion der Sozialpolitik. Zur Zeit erscheint der Mehrheit der politischen und wissenschaftlichen Diskussionsteilnehmer der Sozialstaat deutscher (und westeuropäischer) Prägung als zu aufgebläht und seine künftige Entwicklung zu einem „schlanken“ Sozialstaat unverzichtbar, dessen Konturen allerdings noch undeutlich sind. In der parallelen allgemeinen Nachhaltigkeitsdiskussion wird gleichfalls die Rolle des Staates zunehmend problematisiert und ist in ihren künftigen Konturen kaum weniger undeutlich. Offen erscheint vor allem, ob die ökologisch nachhaltige Gesellschaft auch eine soziale Gesellschaft sein wird. Es liegt deshalb nahe, aus akademischer - wengleich darin politischer<sup>2</sup> - Sicht einen Beitrag für einen nachhaltigen Wohlfahrtsstaat zu leisten.

In der neuesten Studie, die sich dem hier erörterten Zusammenhang widmet, wird die soziale Dimension der Nachhaltigkeit innerhalb eines „triangulären Nachhaltigkeitskonzeptes“ (Hans-Böckler-Stiftung 2000, S. 6) untersucht. Die drei auf ihren Gebieten mit führenden deutschen Institute gehen von einer „gleichwertigen Berücksichtigung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen“ (ebd., S. 5) der „sozialen“, „ökonomischen“ und „ökologischen“ Voraussetzungen und Folgen aus und wurden durch den gewerkschaftlichen Auftraggeber aufgrund ihrer Spezialisierung auf je einem dieser Gebiete in ein gemeinsames Forschungsboot gewonnen.<sup>3</sup> Ohne diese umfangreiche Studie zu „Arbeit und Ökologie“ angemessen auszuwerten, möchte ich an der darin genutzten Konzeptionalisierung des Sozialen im allgemeinen und des Sozialpolitischen im Besonderen anknüpfen.

Die Gegenstandsklärung erfolgt - schon aufgrund der Organisation des Wissenschaftsbetriebes und trotz der ökologisch-theoretischen Aufforderung zu Inter- bzw. Transdisziplinarität - tendenziell entlang von ausdifferenzierten Disziplinen: die ökologische Dimension gilt als Feld der Natur- und Technikwissenschaften, die ökonomische Dimension als Feld der Wirtschaftswissenschaften, die soziale Dimension entsprechend als Feld der Soziologie sowie ihrer Nachbardisziplinen Politikwissenschaft

---

<sup>1</sup> Vortrag am Wuppertal Institut am 5. September 2000.

<sup>2</sup> Der Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin, der Soziologe Friedhelm Neidhardt, hat das so formuliert: „Auch mit dem Nachhaltigkeitsbegriff kann die Sozialwissenschaft nicht mehr umgehen, als ginge es nur um akademische Angelegenheiten. Er ist ein politisch gewordener Begriff, und man würde sich selber vom öffentlichen Diskurs isolieren, wollte man ihm den ganzen Überschuß an Bedeutungen nehmen, der ihn politisch so attraktiv macht.“ (Neidhardt 2000)

<sup>3</sup> Erfreulich ist an dieser kollektiven Forschungsaktion vor allem der Versuch, die noch vor zehn Jahren abstinente, wenn nicht ignorante Haltung der institutionalisierten Sozial(politik)wissenschaften gegenüber ökologischen Fragen zu überwinden (vgl. Beck 1991; Huber 1985, 1995; Opielka 1985a, 1990).

und Sozialpädagogik bzw. Sozialpsychologie. Diese pragmatische Abgrenzung erlaubt bereits einen ernüchternden Befund: noch vor wenigen Jahren existierten weder in der internationalen noch in der deutschen Sozialwissenschaft systematische und institutionalisierte Forschungen zu ökologischen Fragestellungen. Das hat sich in jüngster Zeit verbessert, nicht zuletzt als Folge der nachholenden Professionalisierung im Rahmen der nationalen und internationalen Umweltpolitik. Von einem ausdifferenzierten Forschungsgebiet sozialwissenschaftlicher Ökologie oder ökologischer Soziologie kann allerdings noch kaum die Rede sein.<sup>4</sup>

In der erwähnten Studie „Arbeit und Ökologie“ wird das „soziale Leitbild der Nachhaltigkeit“ allgemein beschrieben:

- *„das Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle;*
- *intergenerative und intergenerationale Gerechtigkeit;*
- *ein anderer, ressourcenärmerer Wohlstand in den Industrieländern als Basis für Umverteilungspotentiale;*
- *Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteursgruppen.“* (Hans-Böckler-Stiftung 2000, S. 71)

Im Anschluß daran werden „Kriterien sozialer Nachhaltigkeit“ entwickelt, die - was durch die Autoren der Studie offensiv zugestanden wird - weder unumstritten noch widerspruchsfrei sind:

1. Als erstes und „wichtigstes“ Kriterium gilt der Studie die „eigene Arbeit in verschiedenen Formen“ als „Grundlage und Teil einer selbstbestimmten Lebensführung“, die „verschiedene Einkommensarten und Fähigkeiten“ verbindet. Dabei wird Erwerbsarbeit mit anderen Arbeitsformen („Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit“) zu einem Konzept der „Mischarbeit“ kombiniert und auch „gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit außerhalb der Erwerbsarbeit“ als Arbeit anerkannt. Daß dieses Kriterium sozialer - nicht ökonomischer - Nachhaltigkeit ausdrücklich als „wichtigstes“ deklariert wird, müßte gut begründet werden.
2. Bevor die Widersprüchlichkeit dieses „wichtigsten“ Kriteriums jedoch zum Thema werden könnte, führt die Studie ein eher grundrechtliches Teilhabekriterium ein: die „Befriedigung materieller Grundbedürfnisse“, die „Sicherung physischer und psychischer Gesundheit“, die „Möglichkeit lebenslanger Lernprozesse“ sowie allgemein Selbstentfaltung und gesellschaftliche Teilhabe.
3. Als drittes wird dann ein - wie später zu zeigen sein wird - durchaus spezifisches, wenn nicht einseitig der politisch-liberalen Tradition entlehntes Kriterium sozialer Nachhaltigkeit geltend ge-

---

<sup>4</sup> Erste Schritte bildet beispielsweise die Mitte der neunziger Jahre erfolgte Etablierung eines Research Committee (RC 24) „Environment and Society“ der International Sociological Association, sowie der Sektion „Soziologie & Ökologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (zu deren aktuellen, v.a. methodologischem Diskussionsstand vgl. Reusswig 2000; vgl. auch Diekmann/Jaeger 1996, Biermann u.a. 1997, Brandt 1997; zu den weiteren zurückreichenden Versuchen der postmarxistischen Soziologie um eine politische Ökologie u.a. bei Anthony Giddens, André Gorz und Ulrich Beck vgl. Goldblatt 1996, Dickens 1992, Lippietz 2000). Die DFG förderte 1995-2000 ein Schwerpunktprogramm „Mensch und globale Umweltveränderungen“, in dem sozial- und verhaltenswissenschaftliche Perspektiven zur Geltung kamen, an dem u.a. Karl-Werner Brand, Klaus Eder, Elmar Altvater und Gerhard Scherhorn beteiligt waren. So weit die Ergebnisse bisher veröffentlicht wurden, ergeben sie für die hier diskutierten Fragestellungen nur indirekt Aufschlüsse.

macht: „Insoweit die eigenaktive Versorgung für eine selbstbestimmte Lebensführung nicht ausreichend ist, wird sie durch ein *gesellschaftliches Sicherungssystem* ergänzt (*soziale Gerechtigkeit*).“ Hier müßte nun begründet werden, warum das sozialpolitische Leitbild der individuellen bzw. haushalts- oder familienbezogenen Subsidiarität ein Kriterium sozialer Nachhaltigkeit sein soll.

4. Schließlich werden noch drei weitere Kriterien sozialer Nachhaltigkeit angeführt: eine Förderung politischer Kultur der Teilhabe durch Infrastruktur, Beteiligungsrechte und Chancengleichheit auch zwischen den Geschlechtern; die Ermöglichung „sozialer Innovationen .. in Arbeit und Leben“, was Kriterium eins - multiple Arbeitsformen - aufgreift; als letztes demokratische Regulierung und „soziale Verträglichkeit von Nachhaltigkeitsstrategien“, also Akzeptanz der Beteiligten. Auch bei diesen Kriterien ist nicht ganz klar, warum es sich hier um Nachhaltigkeit handelt und nicht um schlichte Modernitäts- und systemische Stabilitätskriterien, deren ökologische Relevanz zunächst offen erscheint.

Diese durchaus kritisch gemeinte Darstellung der Programmatik einer auf hoher wissenschaftlicher Expertise aufbauenden Studie soll im folgenden an einer der Fragestellungen vertieft werden, nämlich der eingeschränkten Konzeptionalisierung der Sozialpolitik als „Ergänzung“ der „eigenaktiven Versorgung“, dem dritten der zitierten Kriterien.<sup>5</sup> Diese Vertiefung ist natürlich selektiv und der sozialpolitikwissenschaftlichen Orientierung der eigenen Arbeit zu verdanken. Am Ende des Beitrages soll deshalb noch auf einige allgemeine methodische Fragen zur Entwicklung eines Konzeptes „sozialer Nachhaltigkeit“ eingegangen werden.

### **Kritik des Produktivismus als Wohlfahrtsstaatskritik**

Vorderhand ganz konträr zu dieser radikal subsidiären Auffassung von Sozialpolitik als Kompensation primärer (eigentlicher) Formen der Wohlfahrtsproduktion - über den (Arbeits-)Markt und die (Familien-)Gemeinschaft - existiert in der heutigen Diskussion auch eine andere, eher „gemischte“ Auffassung, die zunehmend für eine eigenständige Begründung staatlicher Wohlfahrtsleistungen eintritt. Besonders markant kulminiert diese Auffassung in den Vorschlägen für die Etablierung eines allgemeinen „Rechtes auf ein Einkommen“ bzw. eines „Grundeinkommens“ für alle Bürger. Neuartig ist dabei, daß diese Forderung keineswegs als Element einer allgemeinen Durchstaatlichung der Gesellschaft und einer Be- oder Verhinderung marktlicher und gemeinschaftlicher Wohlfahrtsproduktion

---

<sup>5</sup> Damit soll nicht ausgesagt werden, die anderen Kriterien seien wissenschaftlich oder politisch unwesentlich oder gar „falsch“. Ich vermute zunächst nur, daß die Komplexität „sozialer Nachhaltigkeit“ in dieser und anderen Studien noch kaum wirklich erfaßt wurde. Das wird von den Autoren der Studie auch so gesehen. So bemerken sie in den „WZB-Mitteilungen“ (September 2000), „daß über die Bedeutung und Funktion der ‚sozialen Säule‘ weitgehend Unklarheit besteht“ und weiter: „Ihr Schattendasein in der Nachhaltigkeitsdiskussion wird ebenfalls in der wissenschaftlichen Literatur deutlich, wo sie selten gleichwertig zu den ökologischen und ökonomischen Fragen bearbeitet wird.“ (S. 24)

erhoben wird. Im Gegenteil, die - häufig liberalen - Vertreter dieser sozialpolitischen Perspektive behaupten, ein Grundeinkommen stehe für eine steuerungstheoretische Neuorientierung des (westeuropäischen) Wohlfahrtsstaatsmodells, die nicht-staatlichen Formen der Wohlfahrtsproduktion optimale Entwicklungsbedingungen bietet.

Für unsere Diskussion ist relevant, daß die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen zunehmend ökologisch begründet wird (zu frühen Begründungen vgl. Opielka 1985, 1985a). Es stelle eine notwendige Bedingung für „nicht-produktivistische“ Verkehrsformen, für eine Abkehr vom „Konsumismus“ dar (vgl. u.a. BUND/Misereor 1996). Ein allgemeines „Recht auf Einkommen“ gilt im übrigen auch in der Studie „Arbeit und Ökologie“ in Form einer „Negativen Einkommenssteuer“ als „zentrales Element des ökologisch-sozialen Szenarios“ (Hans-Böckler-Stiftung 2000, S. 441f.) - in interessantem Konflikt<sup>6</sup> zum erwähnten Kriterium drei des Primats der Eigenaktivität. Das Konzept des allgemeinen Grundeinkommens wird in den ökologischen Szenarien als wesentliches Element einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit betrachtet (als Ergänzung und zum Teil als Voraussetzung für die Stärkung nicht-marktlicher Arbeit und Tätigkeit).

Eine empirische Begründung dieser Thesen ist naturgemäß schwierig. „Vor-konsumistische“, vormoderne Produktionsweisen kannten keinen Sozialstaat und daher kein staatlich garantiertes Grundeinkommen. Die seit der Renaissance bis in das 20. Jahrhundert formulierten Sozialutopien mit Grundeinkommenselementen (z.B. Atlanticus, Bellamy, Popper-Lynkeus) beinhalteten zwar, wie man heute sagen könnte, nachhaltige, teils statische Wirtschaftskonzepte, suspendierten aber im Realisierungsfall die unbedingte soziale Garantie des „Jeder nach seinen Bedürfnissen“: die Marxsche Sozialutopie der Kritik des Gothaer Programms wurde unter staatssozialistischen Bedingungen auf unbestimmte Zeit verschoben. Bisher wurden in keiner Staatsgesellschaft umfassende sozialpolitische Konzepte realisiert, die dem Prinzip des Grundeinkommens entsprechen. Insoweit bleiben Annahmen für eine positive Korrelation von Ökologisierung und Garantismus<sup>7</sup> empirisch noch nicht prüfbar. So erscheint es sinnvoll, den Stand der gegenwärtigen Diskussion zu reflektieren, um beurteilen zu können, ob ökologische Begründungen für ein garantiertes Grundeinkommen zumindest beachtet werden sollten. Ihr Einfluß auf den Arbeitsmarkt wäre nämlich erheblich.

Ökologische Gründe für sozialpolitische Reformen beginnen wie jeder Reformvorschlag mit einer Kritik der bestehenden Verhältnisse. Aus ökologischer Sicht überdeckt der positive Unterton der Begriffe Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik deren bislang „produktivistischen“ (vgl. Offe 1992) Annah-

---

<sup>6</sup> Dagegen könnte eingewendet werden, daß das Grundeinkommen in der technischen Form einer negativen Einkommenssteuer eine originär subsidiäre Leistung insoweit bildet, als die staatliche Einkommensgarantie „primäre“ Einkommen (Erwerb, Unterhalt) nur ergänzt. Die Tatsache jedoch, daß auf die die „negative“ Steuer - die Transferleistung des Grundeinkommens - ein originärer Anspruch besteht, weist auf den „primären“ Charakter dieser Versorgungsleistung hin.

<sup>7</sup> Der Begriff „Garantismus“ - als Differenzbegriff zu den klassischen sozialpolitischen Steuerprinzipien „Sozialversicherung“, „Fürsorge“ und „Versorgung“ - wurde erstmals von Claus Offe in die sozialpolitische Diskussion eingeführt (vgl. Offe 1990).

men<sup>8</sup>. Es sind insbesondere drei Annahmen, die vor dem Hintergrund einer sozialökologischen Krisendiagnose der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft neu reflektiert werden:

- Als Grundlage des Produktivismus gilt der „fordistische Gesellschaftsvertrag“, die ungeschriebene Übereinkunft, steigender Lebensstandard und kontinuierliche Beschäftigung seien der Lohn für die Bereitschaft, entfremdende Arbeitsbedingungen ohne besonderen Widerstand hinzunehmen oder anders formuliert: „Keine befriedigende Arbeit, aber dafür immer mehr Konsum“ (Scherhorn 1996).
- Die zweite Annahme ist die erwerbsarbeitszentrierte Vorstellung, nur über den Markt vermittelte, in monetären Kategorien abgebildete Arbeit sei gesellschaftliche Arbeit. Auf den darin enthaltenen sozialen Reduktionismus hat vor allem die feministische Forschung wie die in den letzten Jahren weltweit aufkommende („kommunitaristische“) Diskussion um die unverzichtbare gemeinschaftsbildende Funktion nicht-bezahlter Arbeitsformen (Hausarbeit, Eigenarbeit, freiwilliges Engagement, Bürgerarbeit) nachdrücklich hingewiesen.
- Als dritte Annahme des produktivistischen Wohlfahrtsstaatsmodell wurde seine systematische Verschleierung der sozialen Kosten des Industrialismus von Autoren wie Fred Hirsch oder E.F. Schumacher kritisiert. Negative Folgekosten der produktivistischen Lebensweise erscheinen beispielsweise im Gesundheitswesen als Wohlfahrtsleistungen, die zur Legitimierung des industrialistischen Komplexes beitragen. In jüngster Zeit wird - unterstützt durch Forschungen wie die Zeitbudgetstudien des Statistischen Bundesamtes und den 5. Familienbericht der Bundesregierung - auch in der allgemeinen Öffentlichkeit die (im feministischen Diskurs vertraute) „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ (F.X. Kaufmann) der Gesellschaft gegenüber der Familie und ihrer Wohlfahrtsleistung in die ökologische Diskussion einbezogen (vgl. Leipert/Opielka 1998, Reisch 2000).

Die Kritik des Produktivismus, der Erwerbsarbeitszentrierung wie der Verschleierung sozialer Kosten des Produktionssystems klärte darüber auf, daß die konsumistischen Handlungsorientierungen in den führenden Wirtschaftsnationen und ihre problematischen ökologischen Konsequenzen in der modernen Sozialordnung tief verankert sind. Kaum untersucht blieb bisher die Rolle des *Wohlfahrtsstaates* in der institutionellen Befestigung produktivistischer Handlungsmuster. Das ist insoweit erstaunlich, als in der umfangreichen Literatur zur Analyse wie - vor allem - zur Legitimation des modernen Wohlfahrtsstaates die ersten beiden genannten Annahmen selbstverständlich zu den unverzichtbaren Bestandsvoraussetzungen gerechnet werden. Eine Konzeption des Wohlfahrtsstaates, die auf Produktivismus und Erwerbsarbeitszentrierung verzichten kann, liegt derzeit allenfalls in Umrissen vor.

In einer Zeit, in der marktwirtschaftliche Legitimationsmuster und insbesondere die „Finanzierungskrise“ des Sozialstaats zum Fokus öffentlicher Konflikte werden, ist dieser Mangel folgenreich, da sich die politische Arena auf klassische Verteilungskämpfe innerhalb des fordistischen Konsenses

---

<sup>8</sup> Das hier verwendete kritische Konzept von „Produktivismus“ bezieht sich auf ein verkürztes ökonomisches Produktivitätsverständnis. Jüngere Überlegungen von einer einseitigen Fixierung auf „Arbeitsproduktivität“

verengt. Ökologische Problemlagen werden gegenüber dem „Beschäftigungs“-Problem als zweitrangig abgetan, wie dies - nach entsprechenden Diskursen zur Nutzung der Atomenergie in den achtziger Jahren - gegenwärtig an der Diskussion um die wirtschaftliche Nutzung der Gen- und Biotechnologien sichtbar wird. Die Krise des erwerbsarbeitszentrierten Wohlfahrtsstaates und dessen produktivistische Annahmen scheinen somit vergleichbare Ursachen zu besitzen.

Konzepte einer Reform der heutigen Produktionsweise mithilfe einer ökologischen Wirtschaftspolitik haben sozialpolitische *Folgen*, die bisher kaum untersucht wurden. Während die einkommensdistributiven Folgen einer ökologischen Steuerreform zumindest thematisiert werden, sind zahlreiche weitere sozialen Voraussetzungen und (Neben-)Folgen einer Ökologisierung der Ökonomie ungeklärt. Dies gilt beispielsweise für eine auf Reduzierung von Mobilität abzielende Verkehrspolitik und ihre Folgen für den Arbeitsmarktzugang, für eine Strategie der Verteuerung ressourcenintensiver Produktion und ihre Folgen für den Zugang unterer Einkommensgruppen zu darauf (noch) basierenden Konsumgütern, oder allgemeiner für eine Veränderung von Konsumprofilen und ihre verteilungspolitischen Folgen für den Zugang zu Konsumgütern für breite Bevölkerungskreise.

Umgekehrt wäre aber auch zu fragen, welche sozialpolitischen *Voraussetzungen* eine ökologische Produktionsweise fordert: Dematerialisierung, Konsumreduzierung, aber auch eine Wende zur „Ressourcenproduktivität“ (Bleischwitz 1998) im Sinne der von Amory und Hunter Lovins sowie Ernst Ulrich von Weizsäcker propagierten Strategie „Faktor 4“ (Weizsäcker u.a. 1996) sind kaum möglich ohne erhebliche Änderungen sozialer Handlungs- und Strukturmuster und der sie begleitenden sozialpolitischen Institutionen. Ähnliches gilt für die in einer weiteren Studie des Wuppertal-Instituts von Gerhard Scherhorn als zukunftsfähig benannten Leitbilder „Wachstumsneutralität“ und „Zeitwohlstand“ (Bakker u.a. 1999, S. 10). Noch voraussetzungsvoller wäre wohl nur ein positives Konzept von „Schrumpfung“ (Hager/Schenkel 2000).

### **Nachhaltigkeit als sozialpolitisches Leitbild?**

Die Verwendung des Begriffs der „Nachhaltigkeit“ im Zusammenhang mit der Analyse von Reformperspektiven in der Sozialpolitik erfordert einige Klärungen. Es handelt sich um einen Begriff, der ursprünglich in der Forstwirtschaft gebraucht wurde. In der Ökologiedebatte der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts bringt er einen politischen Fortschrittsoptimismus zum Ausdruck, der vor allem mit dem „Brundtland-Report“ aus dem Jahr 1987 („sustainable development“) und der „Agenda 21“ der Konferenz von Rio im Jahr 1992 verbunden ist. In der berühmten Definition der Brundtland-Kommission handelt es sich um eine „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

---

hin zu einer umfassenden „Ressourcenproduktivität“ (z.B. Bleischwitz 1998) dürften für die hier skizzierte nachhaltige Wende der Sozialpolitik von hoher Bedeutung sein.

Heute steht der seitdem in vielen Varianten formulierte Begriff der Nachhaltigkeit in Spannung zum Begriff der „Globalisierung“. Globalisierung wird als *Entgrenzung* von Wirtschaft und Politik erlebt, Nachhaltigkeit demgegenüber als deren *Begrenzung* (vgl. Sachs 2000). Konsens in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion scheint zu sein, daß sich Nachhaltigkeit nicht allein durch Wettbewerb, durch die „invisible hand“ der Märkte einstellt, sondern der *politischen Steuerung* bedarf, der „Signalisierung der Grenzen der Quellen und Senken“ (Petschow u.a. 1998, S. 2).

Zunächst stand im Zentrum der Diskussion um Nachhaltigkeit die industrielle Produktionsweise, erweitert um Bereich wie Verkehr („sustainable mobility“) und Konsum („sustainable consumption“). Es ging um die Tragfähigkeit ökologischer Systeme. Zur Konkretisierung wurden Konzepte wie das der maximal zulässigen anthropogenen Stoffströme, Managementregeln für regenerierbare und erschöpfbare Ressourcen oder das Konzept der Konstanz des natürlichen Kapitals (bzw. der Entropie) entwickelt. Seit einiger Zeit wird diesem Konzept von Nachhaltigkeit das sogenannte „Drei-Säulen-Modell“ entgegengestellt. Nicht allein ökologische Kriterien, sondern auch die Belastbarkeit des ökonomischen und sozialen Systems müßten berücksichtigt werden (vgl. ebd., S. 24ff., Brand 1997). Damit wird das Ziel der Nachhaltigkeit hoch komplex und birgt, wie Kritiker meinen, zumindest die Gefahr, daß alle drei Säulen als auf derselben Stufe gehörig betrachtet werden und so ihre gegenseitige „Aufrechnung“ möglich sei (z.B. Jänicke u.a. 1992).<sup>9</sup> Bemerkenswert ist dennoch, daß trotz der Widersprüche und der Gefahr des kleinsten gemeinsamen Nenners die durch den Nachhaltigkeitsdiskurs ausgelösten Effekte erstaunlich sind. Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung avancierte zur weltweit führenden Leitvision zur Gestaltung der Weltgesellschaft. Internationale Organisationen, supranationale Einrichtungen (z.B. die EU), viele Nationalstaaten, Regionen und Verbände (z.B. der DGB in seinem Grundsatzprogramm 1996) haben das Leitbild für ihre Aktivitäten gewählt.

Im Rahmen des „3-Säulen-Modells“ kommt im regionalen, nationalen und internationalen Maßstab sozialen Fragen – zunächst verkürzt auf Verteilungsfragen – eine immer bedeutendere Rolle zu. Mit dem Aufholprozeß der sogenannten Entwicklungsländer wird deutlich, daß die *bisherigen* Produktions- und Konsumtionsmuster der Industrieländer nicht verallgemeinerungsfähig sind.

Politische Interessenlagen und normative bzw. ethische Annahmen definieren wesentlich die Grenzen der Anpassungsmöglichkeiten des sozialen Systems. Während beispielsweise seit Jahren Forderungen nach einer wirksamen Politik der Verhinderung von Armut durch eine Einkommensgrundsicherung etc. abgelehnt werden, erklärt die Politik gut organisierte Partikularinteressen wie diejenige der Landwirtschaft oder des Steinkohlebergbaus in Westdeutschland regelmäßig zur Belastungsgrenze und Grundlage ihres Handelns. „Ohne eine nähere Bestimmung dessen, was als Überforderung der sozialen Anpassungsfähigkeit angesehen wird, kann die soziale Säule zum beliebig nutzbaren Bremsklotz

---

<sup>9</sup> Es mag auch kein Zufall sein, daß in der mit diesem „triangulären“ Drei-Säulen Modell arbeitenden, schon erwähnten Studie „Arbeit und Ökologie“ angesichts der „anspruchs- und voraussetzungsvollsten Gestaltungsidee für nationale Gesellschaften und die Weltgesellschaft“ (Hans-Böckler-Stiftung 2000, S. 585) eine verständliche Zusammenfassung der Ergebnisse nicht zu finden ist - auch wenn der bescheidene Hinweis auf den „Prozeßcharakter“ (ebd.) des Unterfangens sympathisch wirkt.

für eine Politik der Nachhaltigkeit werden“ (Petschow u.a. 1998, S. 29), heißt es mahndend in einer neueren Studie im Auftrag der Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der natürlichen Umwelt“ des Deutschen Bundestages. Zurecht wird dort weiter festgestellt, daß Nachhaltigkeitsprobleme ausgehend vom „3-Säulen-Modell“ als ein „scale“-Problem angesehen werden müssen.

Das Problem des Ausmaßes – „scale“ – ökologischer Begrenzungen besteht aber nicht ausschließlich in naturwissenschaftlich bestimmaren Begrenzungen. Vielmehr fließen in hohem –Maße Vorstellungen über die „Qualität des Lebens“ ein (vgl. ebd., S. 31). Dabei handelt es sich um originär *anthropogene* Sichtweisen, in die vor allem Vorstellungen über *intra- und intergenerationale Gerechtigkeit* einfließen müssen. Über solche *Gerechtigkeitsvorstellungen* muß freilich ein *gesellschaftlicher Konsens* erzielt werden, damit sie über eine gewisse *Dauer* verfügen, insoweit überhaupt nachhaltig wirksam werden können. Die Institutionalisierung von Gerechtigkeitsvorstellungen ist vielleicht die wichtigste Konsensleistung moderner Sozialstaatlichkeit (vgl. Mau 1997) - wengleich der Konsens mit Differenzen einhergeht (vgl. Pioch 2000) und die Artikulation der Opfer von Ungerechtigkeit erfordert (vgl. Shklar 1992). Wissenschaftlich anspruchsvoll bleibt die Frage, wie das geschieht, mit welchen Steuerungsinstrumenten beispielsweise. Auch in der Sozialpolitik wirken ökonomische Anreizsysteme (z.B. Lohndifferenzen, Freibeträge), rechtliche Setzungen (z.B. Altersgrenzen) und gemeinschaftliche Bindungen (z.B. Familiensolidarität) in komplexer Weise ineinander. Sozialpolitische Interventionen des Staates sind jedoch zunächst rechtlicher Natur - und müssen deshalb die Chancen und Grenzen dieser Steuerung wie ihre Wirkungen auf wirtschaftliche und gemeinschaftliche Zusammenhänge berücksichtigen.<sup>10</sup>

Die Vagheit des Nachhaltigkeitsbegriffs kann zwar zur Hineininterpretation des jeder Interessengruppe Genehmen führen. Allerdings können wir beobachten, daß alle Interessengruppen versuchen, die Leitvision sowohl mit je partikularen Zielen als auch mit universalen Werten (der Gerechtigkeit, Gleichheit, internationalen Solidarität usf.) aufzuladen. Optimistisch beobachten die Autoren der Studie der Hans-Böckler-Stiftung: „Die Tendenz geht zu einem universalen, vorsorglichen und ökologisch aufgeladenen Gemeinwohlbegriff.“ (WZB-Mitteilungen, a.a.O.) Die „ökologische Aufladung“ ist freilich in Hinblick auf die Sozialpolitik noch kaum operationalisiert. Die aus ökologischer Sicht naheliegende These nämlich, daß der klassische, deutsche Sozialstaat von quantitativem Wirtschaftswachstum nur in Hinblick auf sein produktivistisches *Leitbild* abhängig wäre, das Quantität vor Qualität setzt, harrt noch der Begründung.

Zwar gibt es keinen Grund zur Annahme, daß eine solidarisch strukturierte, sozialstaatlich vermittelte Distribution der *jeweils vorhandenen* Güter und Einkommen nicht auf allen denkbaren Wohlfahrtsni-

---

<sup>10</sup> Am Beispiel des Umweltordnungsrechts hat Christoph Engel herausgearbeitet, daß die spezifisch deutsche Rechtstradition keineswegs leistungsschwach ist: das Ordnungsrecht wirkt erheblich prozessualer und kommunikativer als manche politikwissenschaftliche Kritik annimmt, beispielsweise was die Sicherung eines „ökologischen Existenzminimums“ betrifft (Engel 2000, S. 12) - zumal sich die Steuerungswirkung des Rechts nicht auf seine Positivität reduzieren läßt (ebd., S. 21). Die Suche nach einer nachhaltigen Konzeption von Sozialpolitik könnte daran unter anderem lernen, was klare Rechtsregeln für die Sicherung von Gemeinschaftsgütern (common goods) bedeuten.



veaus erfolgen könnte. Verteilung - als sozialstaatliche Kernaufgabe - wäre *insoweit* vor allem eine politisch-rechtliche, zugleich normative und ethische Frage nach Gerechtigkeitsvorstellungen. Doch für eine entsprechende Neuorientierung in Richtung sozialer Nachhaltigkeit, eine „nicht-produktivistische“ Sozialpolitik (vgl. Offe 1992) müßte ein alternativer Wachstumspfad noch formuliert werden: beispielsweise in Richtung einer *Relativierung der Erwerbsarbeit mit einer tendenziellen Entkopplung der individuellen Produktion und Konsumtion*, damit auch einer partiellen Entkopplung der gesellschaftlichen Sphären von Produktion und Distribution. Erwerbsarbeit als Berufsarbeit entstand mit der Marktgesellschaft durch die Tauschlogik von Arbeitsleistung für Lebensunterhalt. Die äquivalente Tauschkonstruktion nährt die Illusion, nur für sich zu arbeiten. Damit wurde Egoismus wie funktionalistisches Endzweckdenken als zweckrationales Handeln vorprogrammiert. Auch innerhalb der gegenüber diesen Leitmotiven des Kapitalismus bislang skeptischen ökologischen Bewegung gewinnen jene verkürzten Denkmuster erstaunliche Akzeptanz. So fordert Joschka Fischer in seinem Buch „Für einen neuen Gesellschaftsvertrag“ (Fischer 1998) eine „Neubewertung des Unternehmers“: „Dessen überwiegend besitzegoistische Motive sind nicht nur völlig legitim, sondern darüber hinaus schlicht unverzichtbar, (...) sofern die politischen und sozialen Rahmenbedingungen stimmen“. Nun beansprucht sozialpolitischer Garantismus eine Seite solcher Rahmenbedingungen zu konstruieren. Ein allgemeines Lob des „Besitzegoismus“ ist allerdings riskant und empirisch eng. Denn neben dem (nicht immer „überwiegenden“) Besitzegoismus bestimmt sich unternehmerisches Handeln wesentlich über den Wunsch der unternehmerischen Persönlichkeiten nach Selbständigkeit, Freiheit und Selbstverantwortung. Eine nachhaltigkeitspolitische Frage wäre, welche dieser Motive stark gemacht werden: die Kasinomentalität, der Freiheitswille und/oder die gemeinschaftliche Verantwortung? Die sozialethische Diskussion der letzten Jahrzehnte markiert ein gesteigertes Bewußtsein für Fragen der Gerechtigkeit unter komplexen Bedingungen, wie die rege Kontroverse zwischen liberalistischen und kommunitaristischen Begründungen im Anschluß an John Rawls „Theorie der Gerechtigkeit“ belegt. Welche Folgerungen können aus diesen gemeinwohlorientierenden Diskursen für eine Entwicklung sozialstaatlicher Institutionen, der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit usf. gezogen werden? Eine Voraussetzung nachhaltiger Sozialpolitik wäre, die *Produktionsleistungen möglichst vollständig wahrzunehmen und gesellschaftlich anzuerkennen*, auch diejenigen, die außerhalb (aber nicht unabhängig) von der Marktsphäre erbracht werden: vor allem die Haushaltsproduktion und die Familienarbeit, aber auch gemeinschaftliche (nicht oder gering bezahlte) Arbeitsleistungen in Nachbarschaft oder gemeinnützigen Organisationen. Eine zweite Voraussetzung wäre, Erwerbsarbeit nicht mehr als die vorrangige und für die Mehrheit der Bevölkerung ausschließliche Quelle individueller (nicht der gesellschaftlichen!) Subsistenzsicherung zu begreifen, insoweit die Einführung eines Grundeinkommens. Überlegungen dieser Art stoßen in der gegenwärtigen sozialpolitischen Reformdiskussion zunehmend auf Interesse, bilden jedoch - realistisch betrachtet - noch kein konsistentes und mehrheitsfähiges Projekt.

Eine jüngst veröffentlichte Untersuchung der Auswirkungen verkürzter und flexibilisierter Arbeitszeiten im Volkswagen-Konzern (als Folge des VW-Tarifvertrages, der eine 4-Tage-Woche vereinbart) kam zu dem problematischen Befund, daß die Kombination von Individualisierung (als Folge der Flexibilisierung) und Einkommenseinbußen die traditionellen Arbeiterfähigkeiten der Ausgabenplanung und der Sparsamkeit aktivierte. Da aber das Wohlstandsniveau möglichst nicht eingeschränkt werden soll, entsteht gleichzeitig ein Trend zum ökologisch problematischen Billigkonsum. Zudem wird der Flexibilisierungsstreß zunehmend durch ressourcenaufwendigen Erlebniskonsum zu kompensieren versucht (vgl. Hielscher/Hildebrandt 1999). Diese ersten Ergebnisse weisen darauf hin, daß eine allein betrieblichen Interessen nachgeordnete und insoweit erwerbsarbeitszentrierte Arbeitszeitpolitik - auch wenn diese tariflich abgedeckt ist - nicht zum gesellschaftlichen Modell erhoben werden sollte. Die Sozialintegration der Bevölkerung durch den Arbeitsmarkt, durch konsumistische Leitbilder und eine beides begleitende Sozialpolitik scheint gleichzeitig an Grenzen gestoßen wie - zumindest für die Bevölkerungsmehrheit - praktisch alternativenarm. In der Frage einer nachhaltigen Ausrichtung der Sozialpolitik besteht zweifellos noch erheblicher Forschungsbedarf.

Das Projekt sozialer Nachhaltigkeit fordert eine Sozialpolitik, die den gemeinschaftlichen und sozialkulturellen Werten und Qualitäten des Lebens einen realen und - soziologisch gesprochen - institutionalisierten Platz einräumt. Der wissenschaftliche und der politische Diskurs darum sollte ernsthaft geführt werden. Zu viele Fragen sind noch offen. Eine eigenständige, aus den sozialwissenschaftlichen Forschungstraditionen entwickelte Theorie der sozialen Nachhaltigkeit ist ein Desiderat. Sie wird die Breite des sozialwissenschaftlichen Wissens - einschließlich der Wirtschafts-, Rechts-, Politik- und Verhaltenswissenschaften - einschließen müssen. Inwieweit die bisher unter der Signatur der „Humanökologie“ oder „sozialökologischer“ Ansätze entwickelten Mehrebenenmodelle für die Frage sozialer Nachhaltigkeit fruchtbar gemacht werden können, bedarf gründlicher Untersuchung.<sup>11</sup>

Die Autoren der Studie „Arbeit und Ökologie“ der Hans-Böckler-Stiftung haben vor allem moniert, daß „nahezu völlig unklar ist, wie die drei Grundelemente der Leitvision - Ökologie, Ökonomie und Soziales - konsistent miteinander verbunden werden können.“ Sie machen dafür verschiedene Gründe

---

<sup>11</sup> In der soziologischen, pädagogischen und v.a. familienpolitischen Diskussion wird der Begriff der „Sozialökologie“ bislang überwiegend umfangslogisch verwendet, insbesondere bei Urie Bronfenbrenner, Kurt Lüscher, Ludwig Liegle oder Franz-Xaver Kaufmann. Die „Umwelt“ (der Familie, der Kinder) wird als ein komplexes System aufgefaßt, das seinen Einfluß im Sinne einer simultanen Wechselwirkung von Teilsystemen ausübt, wobei „Mikro-Systeme“ (Familie, Kindergarten, Schule usw.), die Wechselwirkungen zwischen diesen Organisationsformen („Meso-Systeme“) einschließlich beispielsweise der Wirkung moderner Medien und schließlich das umfassende „Makro-System“ von Kultur, Wirtschaft und Politik unterschieden werden. Darüber hinaus wird das Kind wie auch die anderen familialen Akteure in der sozialökologischen Perspektive als Mitgestalter seiner Umwelt gelesen (vgl. Wissenschaftlicher Beirat 1998, S. 13ff., 31ff.; vgl. auch Blanke/Sachße 1997). Die umfangslogische Perspektive (Mikro/Meso/Makro) ist dabei komplementär zur eher inhaltslogischen Perspektive der an anderer Stelle (vgl. Opielka 1990, 1997) skizzierten, sozialökologischen Viergliederung zu sehen. Vereinfacht gesprochen, handelt es sich um zwei verschiedene systemische beziehungsweise funktionalistische Ansätze, die je unterschiedliche Erkenntnisse fördern. Während der umfangslogische Ansatz vom handelnden Individuum und seinen Lebenskreisen ausgeht, fokussiert der inhaltslogische Ansatz auf die unterschiedlichen Rollen des Individuums auf jeder der Mikro-, Meso- oder Makroebenen.

aus: „Hierzu gehören vor allem zahlreiche ungelöste wissenschaftlich-kognitive Grundlagenprobleme; weiterhin das Bestreben der Diskussionsbeteiligten, ihr Interessenfeld voranzustellen, wobei es aus entwicklungsgeschichtlicher Sicht nur natürlich ist, daß besonders vehement auf einen Spitzenplatz von ökologischen Zielen gedrängt wird, und schließlich, daß über die Bedeutung und Funktion der ‚sozialen Säule‘ weitgehend Unklarheit besteht.“ (WZB-Mitteilungen, ebd.)

Mit den hier vorgelegten Überlegungen können diejenigen noch nicht zufrieden sein, die ein geschlossenes, vor allem aber ein operationalisiertes Konzept „sozialer Nachhaltigkeit“ suchen. Die Suche ist notwendig. Es bleibt zu hoffen, daß die hierzu nötige Unterstützung der grundlegenden wie der empirischen Forschung durch Stiftungen, Regierungen und Forschungsinstitute künftig erfolgt.

### Literatur

- Bakker, Liesbeth/Loske, Reinhard/Scherhorn, Gerhard, 1999, *Wirtschaft ohne Wachstumsstreben - Chaos oder Chance?*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung
- Beck, Ulrich, 1991, *Die Soziologie und die ökologische Frage*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 3, S. 331-341
- Biermann, Frank/Büttner, Sebastian/Helm, Carsten (Hrsg.), 1997, *Zukunftsfähige Entwicklung. Herausforderungen an Wissenschaft und Politik*, Berlin: edition sigma
- Blanke, Thomas/Sachße, Christoph, 1987, *Ökologisch helfen? Anmerkungen zur Kritik des Sozialisationsstaates*, in: Opielka, Michael/Ostner, Ilona (Hrsg.), *Umbau des Sozialstaats*, Essen: Klartext, S. 309-321
- Bleischwitz, Raimund, 1998, *Ressourcenproduktivität. Innovationen für Umwelt und Beschäftigung*, Berlin u.a.: Springer
- Brandt, Karl-Werner (Hrsg.), 1997, *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*, Opladen: Leske + Budrich
- BUND/MISEREOR (Hrsg.), 1996, *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung* (Studie des Wuppertal Instituts), Basel u.a.: Birkhäuser
- Dickens, Peter, 1992, *Society and Nature. Towards a Green Social Theory*, New York u.a.: Harvester Wheatsheaf
- Diekmann, Andreas/Jaeger, Carlo (Hrsg.), *Umweltsoziologie. KZfSS, Sonderheft 36*, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Engel, Christoph, 2000, *Die Grammatik des Rechts. Funktionen der rechtlichen Instrumente des Umweltschutzes im Verbund mit ökonomischen und politischen Instrumenten*, Bonn: Max-Planck-Projektgruppe Recht der Gemeinschaftsgüter
- Etzioni, Amitai, 1997, *Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie*, Frankfurt/New York: Campus
- Fischer, Joschka, 1998, *Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution*, Köln: Kiepenheuer & Witsch
- Goldblatt, David, 1996, *Social Theory and the Environment*, Cambridge: Polity Press
- Hager, Frithjof/Schenkel, Werner (Hrsg.), 2000, *Schrumpfung. Chancen für ein anderes Wachstum. Ein Diskurs der Natur- und Sozialwissenschaften*, Berlin u.a.: Springer
- Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), 2000, *Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Abschlußbericht*, Düsseldorf: Der Setzkasten
- Hielscher, Volker/Hildebrandt, Eckart, 1999, *Zeit für Lebensqualität. Auswirkungen verkürzter und flexibilisierter Arbeitszeiten auf die Lebensführung*, Berlin: edition sigma
- Huber, Joseph, 1985, *Die Regenbogengesellschaft. Ökologie und Sozialpolitik*, Frankfurt: Fischer
- ders., 1995, *Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik*, Berlin: edition sigma
- Jänicke, Martin u.a., 1992, *Umwelentlastung durch industriellen Strukturwandel?*, Berlin: edition sigma
- Leipert, Christian/Opielka, Michael, 1998, *Erziehungsgehalt 2000. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit*, Bonn: Institut für Sozialökologie
- Lipietz, Alain, 2000, *Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie*, herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Mau, Steffen, 1997, *Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland*, FS III 97-401, Berlin: Wissenschaftszentrum
- Minsch, Jürg u.a., 1998, *Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit*, Berlin u.a.: Springer

- Neidhardt, Friedhelm, 2000, *Querschnittgruppe „Arbeit und Ökologie“*, in: *WZB-Mitteilungen*, 89, September 2000, S. 20
- Offe, Claus, 1990, *Akzeptanz und Legitimität strategischer Optionen in der Sozialpolitik*, in: Sachße, Christoph/Engelhardt, H. Tristram (Hrsg.), *Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt: Suhrkamp, S. 179-202
- ders., 1992, *A Non-Productivist Design for Social Policies*, in: Parijs, Philippe van (ed.), *Arguing for Basic Income. Ethical Foundations for a Radical Reform*, London/New York: Verso, S. 61-78
- Opielka, Michael (Hrsg.), 1985, *Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat*, Frankfurt/Fischer
- ders., 1985a, *Sozialreform ohne Wirtschaftswachstum. Das garantierte Grundeinkommen und die Umverteilung der Arbeit*, in: Leibfried, Stefan/Müller, Rainer (Red.), *Sozialpolitische Bilanz*, Bremen: Universität Bremen, S. 127-161
- ders., 1990, *Einige Grundfragen sozialökologischer Theorie und Politik*, in: *Sociologia Internationalis*, 1, 1990, 57-85
- ders., 1998, *Sozialpolitik ohne Wachstum?*, in: *Politische Ökologie*, Sonderheft 11 („Wege aus der Wachstumsfalle“), Januar/Februar 1998, 16. Jahrgang, S. 53-57
- ders., 1999, *Endbericht zum Teilgutachten „Hintergrund der Diskussion um ein Grundeinkommen“* (im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Republik Österreich), Bonn: ISÖ 1999
- Petschow, Ulrich/Hübner, Kurt/Dröge, Susanne/Meyerhoff, Jürgen, 1998, *Nachhaltigkeit und Globalisierung. Herausforderungen und Handlungsansätze*, Berlin u.a.: Springer
- Pioch, Roswitha, 2000, *Soziale Gerechtigkeit in der Politik. Orientierungen von Politikern in Deutschland und den Niederlanden*, Frankfurt/New York: Campus
- Reusswig, Fritz, 2000, *Sektion Soziologie & Ökologie. Protokoll der Frühjahrstagung*, in: *Soziologie*, 4, S. 62-77
- Sachs, Wolfgang, 2000, *Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung? Über ökonomische Entgrenzung und ökologische Begrenzung*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung
- Scherhorn, Gerhard, 1996, *Wird der fordistische Gesellschaftsvertrag aufgekündigt?* Vortrag auf dem Jahreskongreß 1996 des Wissenschaftszentrums NRW, Ms.
- Shklar, Judith, 1992, *Über Ungerechtigkeit*, Berlin: Rotbuch
- Taylor, Charles, 1979, *Hegel and Modern Society*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von/Lovins, Amory B./Lovins, L. Hunter, 1996, *Faktor vier. Doppelter Wohlstand - halbiertes Naturverbrauch. Der neue Bericht an den Club of Rome*, Frankfurt/Wien: Büchergilde Gutenberg
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen, 1998, *Kinder und ihre Kindheit in Deutschland. Eine Politik für Kinder im Kontext von Familienpolitik* (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 154), Stuttgart u.a.: Kohlhammer